

Wahlprüfsteine der Kulturpolitischen Gesellschaft, Landesgruppe Bayern

Landtagswahl 2008:

Fragen zur Kulturpolitik an die Bayerischen Parteien

1) Welche Maßnahmen der kulturellen Bildung halten Sie – u.a. nach dem Vorbild anderer Bundesländer – für besonders notwendig auszubauen? Welche Akzente soll das Land Bayern aus Ihrer Sicht in der Zusammenarbeit von Kultur und Schule setzen?

CSU: Die Bedeutung der kulturellen Bildung wird von der CSU gesehen. Maßnahmen und Initiativen gibt es hierzu in Bayern bereits in großer Zahl. Um hier für Nachhaltigkeit zu sorgen, will die CSU das Engagement in diesem Bereich zu einem generellen Kriterium für die staatliche Förderung machen. So kann zum Beispiel ein Theater durch Projekte für junge Menschen zusätzliche Fördermittel bekommen. Wir wollen unter dem Motto „bayerische Autoren an bayerischen Schulen“ Lesungen und Schreibwerkstätten fördern und bayerischen Künstlern verstärkt Plattformen zur Präsentation bieten.

SPD: Die SPD-Landtagsfraktion hat in der vergangenen Legislaturperiode den Schwerpunkt ihrer Kulturpolitik auf die kulturelle Bildung gelegt. Der Erwerb von Schlüsselkompetenzen durch kulturelle Bildung gewinnt angesichts wachsender Herausforderungen an Bedeutung: zunehmende Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde Familien- und Kinderfreundlichkeit, Kinderarmut und eine hohe Abhängigkeit der Bildungsbeteiligung vom sozialen Status des Elternhauses bestimmen unsere gesellschaftliche Realität. In der Kooperation mit Künstlern und Kulturpädagogen können Kindern neue Zugänge zum kulturellen Leben eröffnet und gleichzeitig soziale Kompetenzen gefördert werden. Und nicht nur die Schüler und Schülerinnen profitieren von diesen Kontakten, auch für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Einrichtung „Schule“ ergeben sich durch die Zusammenarbeit mit Akteuren aus der Kulturszene neue Perspektiven. Die Kooperationen mit außerschulischen Trägern, mit Trägern der kulturellen Kinder- und Jugendbildung bieten die Chance für interkulturelle, gestalterische, kreative und sicher auch soziale Erfahrungen für alle Beteiligten. Sowohl die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages in ihrem Schlussbericht „Kultur in Deutschland“ wie auch die KMK und der Deutsche Städtetag empfehlen übereinstimmend den Ausbau der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche.

Gerade Bayern steht beim Aufbau einer institutionalisierten kulturellen Bildung erst am Beginn. Das für den Freistaat Bayern veröffentlichte Gutachten der Expertenkommission "Zukunft Bayern 2020" attestiert dem Freistaat, dass er in vielen Bereichen der kulturellen Bildungsangebote im bundesweiten Vergleich noch weit abgeschlagen liegt. Vergleichbare Flächenstaaten wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erreichen entschieden mehr Kinder und Jugendliche mit dauerhaften flächendeckenden Förderprogrammen (Bsp. „Künstler in Schulen“ in NRW und die „Kunst-Konzeption Baden-Württemberg“.) Die Gutachter der (Henzler-) Kommission empfehlen

ein Programm „zum Ausbau der Kinder- und Jugendkulturarbeit, das möglichst die verschiedenen Bereiche der Kultur umfassen und in Regionen und Metropolen wirken sollte.“

Die Ganztagschulen bieten hervorragende Möglichkeiten, kulturelle Bildung mehr im Schulalltag zu verankern. Gerade in dieser Schulform können Kinder - unabhängig vom Bildungshintergrund – nach Interessen und Begabungen gefördert werden.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich für ein umfassendes Konzept einer Ganztagschule ein, an der ein ganztägiger Bildungsraum in und um die Schule geschaffen wird. Die zusätzlichen Stunden an Ganztagschulen dürfen nicht zu reinen Betreuungsstunden werden. An der Ganztagschule haben Schüler und Schülerinnen mehr Zeit zum Lernen, die zusätzliche Zeit kann für neue Lernformen- und Erfahrungen genutzt werden. Bereits bei der Konzeption der einzelnen Ganztagschulen müssen die Kooperationen mit außerschulischen Partnern eingeplant werden. Kulturelle Bildung an Schulen heißt für uns, dass alle Kinder die Möglichkeit haben sollen, Künstlern bei der Arbeit zuzusehen und selbst künstlerisch tätig zu werden.

Die vielen positiven Beispiele, die an einzelnen Schulen Bayerns in Kooperation mit kulturellen Einrichtungen praktiziert werden, sind immer dem Engagement besonders motivierter Lehrkräfte und kommunaler Kulturangebote zu verdanken. Noch steht die kulturelle Erziehung außerhalb des regulären Kunst- und Musikunterrichts auf keinem Lehrplan. Solche Aktivitäten sind immer noch etwas Besonderes außerhalb des normalen Schulalltags und noch profitieren viel zu wenig Schüler und Schülerinnen von den Angeboten.

Mit der Diskussionsreihe „Talk im Max“ im Bayerischen Landtag haben wir „Best-Practice“-Projekte der Kooperation von Schule/Jugendarbeit und Kultur präsentiert – unsere Gäste waren u.a. Royston Maldoom („Rhythm is it“), die Münchner Kammerspiele („Bunny-Hill“-Projekt mit Jugendlichen aus dem Hasenberg), das Bayerische Staatsballett („Tanz und Schule“) und der Bayerische Jugendring („Jufinale“).

Die Forderungen der SPD-Landtagsfraktion, die aus der Zusammenarbeit mit den Akteuren der kulturellen Bildung resultieren:

- Kulturelle Bildung muss verankert werden: Positive Beispiele und Modelle von Kooperationen von Schule, kulturelle Bildung und Kunst gibt es viele. Doch meist sind diese Modelle ohne strukturierte Verankerung und ohne regelmäßige Förderungen auf den Ebenen von Stadt / Land / Bund. Hier fehlt die systematische Moderation, Aktivierung und Qualifizierung der verschiedenen Partner.
- Kulturelle Bildung gleichberechtigt in die Lehrpläne: Wir fordern eine Investitionsoffensive in die kulturelle Bildung von Kindern. Die kulturelle Bildung muss in den Lehrplänen gleichberechtigt sein mit der schulischen Bildung. Bayerns Schulen brauchen ein erweitertes Bildungsverständnis: Kulturelle Bildung ist Persönlichkeitsbildung, trägt zum sozialen Lernen bei, fördert Kreativität und Fantasie und lässt Kinder neue Welten, Perspektiven und Horizonte entdecken.
- Verzahnung von schulischer und außerschulischer kultureller Bildung: Mit einem Programm "Künstler-in-Schulen" sollen mehr außerschulische Bildungsangebote in den Schulalltag einbezogen werden.
- Kommission für kulturelle Bildung: Eine landesweite Kommission für kulturelle Bildung soll den Bayerischen Landtag und die Staatsregierung bei der Konzeption und Ausführung kultureller Bildungsangebote in Bildungs- Kultur- und Jugendeinrichtungen beraten.
- Wettbewerb für kulturelle Bildung: Mit einem landesweiten Wettbewerb für kulturelle Einrichtungen sollen besonders kreative und attraktive Angebote kultureller Bildung für Kinder und Jugendliche prämiert werden.
- Regionale Konzepte für kulturelle Bildung: Mit einer landesweiten Initiative soll die Entwicklung regionaler Konzepte für kulturelle Bildung in den Landkreisen und kreisfreien Städten angestoßen werden. Als besonderen Schwerpunkt setzen wir hier die Vermittlung kultureller Bildung in Kindergärten und Horten.

- Grundlage für kulturelle Jugendbildung: Im Bayerischen Kinder- und Jugendplan ist die kulturelle Jugendbildung als eigenständige Aufgabe (Jugend-Kulturbericht) festzuschreiben. Nur auf dieser Basis können vorhandene Konzepte und innovative Ansätze weiter entwickelt werden.
- Kulturfonds: Im Kulturfonds des Freistaats als Instrument der Kulturförderung muss eine eigenständige Sparte Kinder- und Jugendkulturprojekte mit einer festgeschriebenen Summe für Kinder- und Jugendarbeit eingerichtet werden.
- Musik- und Jugendkunstschulen: Die SPD-Landtagsfraktion fordert flächendeckende Angebote von kommunalen Musikschulen, die auch verlässlich finanziert werden (Erhöhung des Staatsanteils auf 25 Prozent). Analog dazu fordert sie auch die Schaffung von Jugendkunstschulen mit angegliederten Kunstwerkstätten. Dadurch wird ein flächendeckendes Angebot kultureller Bildung ermöglicht.

Bündnis 90 / Die Grünen: Zugang zu kultureller Bildung ist eine der entscheidenden Gerechtigkeitsfragen und entscheidet über Lebenschancen. Deshalb muss die kulturelle Bildung in allen Bildungseinrichtungen gestärkt werden. Kulturelle Bildung für Kinder darf nicht länger abhängig sein vom Geldbeutel oder vom Bildungshintergrund der Eltern. Kindertagesstätte und Schule werden wir zu kulturellen Lernorten machen. Eine längere gemeinsame Schulzeit und die Ganztagschule bieten den Freiraum für mehr kulturelle Bildung für unsere Kinder. Wir setzen uns dafür ein, dass Bibliotheken, Museen, Musik- und Kunstschulen finanziell stärker und gezielter gefördert werden, damit sie ihren spezifischen kulturellen Bildungsauftrag besser umsetzen können. Wir wollen der kulturellen Bildung in Bayern den hohen Stellenwert geben, den sie verdient. Eine ganzheitliche Bildung mit entsprechenden kulturellen, kreativen und künstlerischen Elementen ist der Anspruch unserer Bildungspolitik und die Voraussetzung dafür, allen Kindern und Jugendlichen schon früh den gesellschaftlichen Wert von Kultur zu vermitteln und sie nachhaltig an das vielfältige Kulturangebot in Bayern heranzuführen. Darüber hinaus ist kulturelle Bildung ein wesentliches Element lebenslangen Lernens. Deshalb kritisieren wir, dass gerade im Bereich der Erwachsenenbildung, bei Bibliotheken, Förderung der Laienmusik usw. in den letzten Jahren der Rotstift angesetzt wurde.

Neben der Landesebene kommt den Kommunen eine entscheidende Rolle für die Stärkung kultureller Bildung zu. Schließlich sind sie es, die vor Ort und in Kooperation mit regionalen und lokalen AkteurInnen maßgeschneiderte kulturelle Bildungsangebote entwickeln können. Hierfür müssen wir ihnen jedoch den nötigen Gestaltungsfreiraum geben. Dies ist bisher nicht der Fall. Ein wichtiger landespolitischer Schritt wäre daher unter anderem, die Verantwortung für Bayerns Schulen auf die Kommunen zu verlagern und damit den nötigen Freiraum zu schaffen. Im Rahmen der kommunalen Verantwortung wollen wir die Selbständigkeit der Schulen stärken und ihnen nicht zuletzt dadurch die Möglichkeit der gezielten Kooperation mit Kultureinrichtungen und KünstlerInnen vor Ort bieten. Die Schule muss selbst entscheiden können, in welcher Form sie das bereichernde Angebot außerschulischer kultureller Bildungsformen in das individuelle Schulprofil integriert. Den Kommunen kommt dabei vor allem im Bereich der Vernetzung der verschiedenen Formen kultureller Bildung eine unterstützende und koordinierende Funktion zu. Deshalb begrüßen wir Schul- und Kulturservice-Angebote im Netz, wie sie bereits in vielen Städten aufgebaut wurden (KS:Muc, KS:Aug, KS:Cob, Kinderkultur-Service Bayreuth u.a.). Wir streben eine landesweite finanzielle Unterstützung und Koordination der kommunalen Angebote an und unterstützen daher die Forderung nach einer landesweiten Koordinationsstelle. Daneben befürworten wir auch die institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle für Kulturelle Bildung in Bayern.

FDP: Die FDP setzt sich für eine Intensivierung und verstärkte Förderung der kulturellen Bildung vor allem der Kinder und Jugendlichen ein.

Kulturelle Bildung muss schon im Kindesalter ansetzen, um Kinder so früh wie möglich für Kultur zu sensibilisieren und zu begeistern. Die intensive Auseinandersetzung mit Musik, Theater und

Bildender Kunst, das Malen und Musizieren führt zu einer umfassenderen Bildung und zum Abbau von Aggressionen, sie fördert die soziale Kompetenz und verstärkt die Kreativität; nicht zuletzt liefert sie positive Gemeinschaftserlebnisse. Kulturelle Bildung trägt zur Persönlichkeitsbildung bei und stärkt all die positiven Eigenschaften, auf die wir angewiesen sind und die das Leben bereichern: Konzentration, Kreativität, Ausdrucksfähigkeit, Selbstvertrauen und die Fähigkeit zur Kommunikation mit anderen Kulturen. Deswegen strebt die FDP eine flächendeckende Versorgung mit Einrichtungen kultureller Bildung wie zum Beispiel Musik- und Kunstschulen an. Jedes Kind soll die Möglichkeit haben, die elementare Kulturtechnik des Singens und das Spiel eines Musikinstrumentes zu erlernen. Vorbildhaft ist das von der Kulturstiftung des Bundes initiierte und gemeinsam mit vielen Partnern getragene Projekt in Nordrhein-Westfalen „Jedem Kind ein Instrument“. Kultur vermittelt Zugehörigkeitsgefühl und Anerkennung; Kinder und Jugendliche lernen zivilgesellschaftliche Basiskompetenzen, wenn sie mit Freude aktiv am kulturellen Leben teilnehmen. Ein besonderes Augenmerk muss auf Kinder mit Migrationshintergrund gerichtet werden.

Die kulturelle Bildung ist nicht nur ein wichtiges Rüstzeug für die Herausforderungen im Umgang mit einer immer größer werdenden Informationsflut, sondern auch die Voraussetzung dafür, dass es in zehn, zwanzig und auch in dreißig Jahren noch Menschen gibt, die für unsere kulturellen Errungenschaften empfänglich sind, sie mit Leben erfüllen und an die nächste Generation weiterreichen. Die wichtige Aufgabe des Staates, das kulturelle Erbe zu bewahren, ist letztlich nichts wert, wenn wir nicht auch dafür sorgen, dass die zugrunde liegenden Ideen vermittelt und weitergetragen werden. Wenn es uns nicht gelingt, unsere Kinder bereits in jungen Jahren für die Kultur zu begeistern, wird es später immer schwerer werden, einen Zugang zum Wert der Kultur zu vermitteln. Die Ausbildung individueller ästhetischer Kompetenz ist zudem ein elementarer Bestandteil aufgeklärter bürgerlicher Freiheit. Wir können es uns zudem gar nicht leisten, auf die kulturelle Bildung unserer Kinder zu verzichten: Bildung kostet Geld. Aber fehlende Bildung kostet noch viel mehr. Die kulturelle Bildung insbesondere unserer Kinder ist eine gemeinsame Zukunftsaufgabe von höchster Priorität.

Es ist festzustellen, dass zwischen Theorie und Praxis in der kulturellen Bildung ein Missverhältnis besteht: Die Akteure der kulturellen Bildung haben sich seit mehreren Jahrzehnten auf theoretischer Ebene und in Modellversuchen eingehend mit dem Thema befasst und fundierte Konzepte vorgelegt. Von Ausnahmen abgesehen scheint es dennoch so, dass der Alltag der meisten Schulen und vieler Kulturinstitutionen noch nicht durch eine verbreitete Praxis kultureller Bildung bestimmt ist.

Die bayerische FDP fordert daher, dass der Musik- und Kunstunterricht an den Schulen in allen Jahrgangstufen verpflichtend stattfindet. Die bayerische FDP fordert des Weiteren, dass freie bzw. leer stehende staatliche Räumlichkeiten zu Unterrichtszwecken zum Selbstkostenpreis auch privaten Initiativen zur Verfügung gestellt werden, um die musische Bildung unserer Kinder zu fördern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen.

Die Kooperation von Bildungs- und Kultureinrichtungen muss gestärkt werden. Mehr und mehr wird seit einigen Jahren die Chance ergriffen, die in der Kooperation der Schule mit außerschulischen Kulturinstitutionen liegt. Gegenwärtig gibt es eine Fülle von Programmen und Modellversuchen, die vor allem darauf abzielen, Künstler in den Schulalltag zu integrieren, Schülern den Besuch von Kultureinrichtungen zu ermöglichen, konkrete kulturelle Projekte zu initiieren oder über Möglichkeiten der kulturellen Bildung zu informieren. Das Projekt „Schule und Kultur“ des Landes Nordrhein Westfalen fördert seit 2006 700 Projekte der Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern im Rahmen des Kunst- und Musikunterrichts. Dies könnte auch Vorbildcharakter für Bayern haben.

Zu den Forderungen der bayerischen FDP gehört auch, dass ein Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ initiiert wird. Dies soll durch die verstärkte Einführung von Musikinstrumenten-

Klassen in den Schulen erreicht werden. Die bayerische FDP setzt sich auch dafür ein, dass die Förderung des Laienmusizierens in allen Bereichen verstärkt wird.

Doch kulturelle Bildung findet nicht nur in Musikschulen, Jugendkunstschulen, Medienwerkstätten, museums- und theaterpädagogischen Angeboten, Musikvereinen, Theatergruppen, Kinder- und Jugendmuseen und Volkshochschulen statt, sondern kulturelle Bildung wird auch durch die Programme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vermittelt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich seiner Verantwortung im Bereich der kulturellen Bildung, die er Dank des Kulturauftrages hat, bewusster werden. Kulturelle Bildung und der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehören zusammen!

Das Problem der kulturellen Bildung ist insbesondere die rigide Abgrenzung der verschiedenen Ressorts – Kulturpolitik, Bildungspolitik, Jugendpolitik – sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene. Um weitere Erfolge für die nachhaltige Förderung der kulturellen Bildung zu garantieren, müssen Kultur- und Bildungspolitik und alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – noch besser zusammenarbeiten.

Die Linke: Maßnahmen und Einrichtungen kultureller Bildung sind von entscheidender Bedeutung: Die Entwicklung der Persönlichkeit setzt einen kulturellen Raum zur Entfaltung voraus. Im Umkehrschluss sind kulturell entwickelte Mitbürgerinnen und Mitbürger der Garant für ein friedliches, vorurteilsloses Zusammenleben. Daher sind - ich kann es aus eigener Erfahrung nur bestätigen - Volkshochschulen, aber auch freie Zusammenschlüsse von Kulturschaffenden nach Kräften zu unterstützen. Die Sparpolitik vergangener Jahre hat gerade auch diesem Sektor zu schaffen gemacht. Damit wird die soziale Barriere der Teilnahme an Kursen und Seminaren erhöht - und wenn es „nur“ über Teilnahmegebühren geschieht. Für sozial Schwächere (ein erheblicher Teil der Menschen in Bayern lebt an oder unter der Armutsgrenze) schlage ich deshalb einen Kulturpass vor, der auch die Möglichkeit der Teilnahme an Theatern und Konzerten umfasst. Denkbar wäre auch ein zu reservierender Anteil an Plätzen entsprechend dem Anteil sozial Schwächerer. In Berlin werden z.B. vorbildlich Resttickets entsprechend an sozial Schwächere abgegeben. Die Landesförderung könnte solche Bedingungen stellen. Volkshochschulen sollten für diesen Personenkreis kostenlose Angebote schaffen, Museen und Ausstellungen grundsätzlich kostenfrei sein oder zumindest kostenfreie Abendöffnungen und Sonntage einplanen.

Institutionell will „Die Linke“ ein bayrisches Erwachsenenbildungsgesetz mit der Möglichkeit eines Bildungsurlaubs.

Kultur und Schule gehören zusammen. Kulturschaffende sollen in den Unterricht einbezogen werden, insbesondere in die Förderung musischer Bereiche. Eine vernünftig organisierte Ganztagschule und eine Entzerrung überlasteter Lehrpläne wäre dafür die Voraussetzung. Schon in der Lehrerbildung muss mehr Gewicht auf eine Pädagogik gelegt werden, die eine kulturelle Entfaltung der Kinder garantiert. Dies beginnt bereits in der vorschulischen Bildung, also in einer Phase, in der Kinder noch nicht durch die herrschende Kultur geprägt sind.

Die Freien Wähler haben keinerlei Antworten auf den Fragenkatalog geschickt.

2) Wie kann aus Ihrer Sicht die interkulturelle Arbeit in Bayern gestärkt werden? Welche inhaltlichen Schwerpunkte halten Sie in diesem Bereich für besonders wichtig?

CSU: Die Präsenz von Millionen Menschen aus vielen Ländern, die Bayern und Deutschland zu ihrem vorübergehenden oder dauerhaften Lebensmittelpunkt gewählt haben, ist für die Wirklichkeit in unserer Gesellschaft und Kultur der deutlichste Beweis für die Weltoffenheit und Attraktivität

unseres Landes. Kulturen anderer Länder und Völker prägen deshalb seit mindestens einem halben Jahrhundert die Lebenswirklichkeit unserer Heimat mit. Dies ist Chance und Herausforderung zugleich.

Mit einem Zehn-Punkte-Programm von der Sprachförderung bis zur Einbürgerung als Abschluss erfolgreicher Integration wollen wir Menschen mit Migrationshintergrund bei der Eingliederung in die Gemeinschaft verstärkt helfen. Wir fordern das Bemühen um Integration aber auch ein. Wer dauerhaft hier leben will, muss unsere Kultur und Wertetradition achten und zum Miteinander bereit sein.

Erfolgreiches Zusammenleben vieler Mentalitäten und Kulturen setzt aus Sicht der CSU die Prägestkraft einer Leitkultur voraus, die aus der Summe der Identitäten, Geschichte(n), Traditionen und Brauchtüme der Mehrheitsgesellschaft erwächst und auf dem christlich-abendländischen Menschenbild in der deutschen Tradition der starken Eigenkraft der Länder und Regionen fußt. Migration und Integration als Leitaufgaben unserer Gesellschaft an der Schwelle des 21. Jahrhunderts gelingen in dem Maße, in dem das Prinzip „Toleranz durch Akzeptanz“ von allen Beteiligten, Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderern, angenommen und gelebt wird. Aufgabe verantwortlicher Kulturpolitik nach Ansicht der CSU ist die Verdeutlichung der die Integration fördernden Kraft der Leitkultur, verbunden mit der positiven Offenheit gegenüber Beiträgen anderer Kulturen und Traditionen. Die Rolle und Präsenz der Religionen und religiös geprägten Kulturen, insbesondere des Islam, in der Mitte unserer Gesellschaft erfordert dabei besondere Sensibilität und Aufrichtigkeit.

Unser Land wird besonders von seinen fast 1500 Jahren eigener Geschichte geprägt. Aktive Geschichtspolitik, Identitätsbildung und interkultureller Dialog sind Elemente einer zukunftsorientierten Kulturpolitik.

SPD: Die interkulturelle Arbeit muss eine Querschnittsaufgabe für alle kulturellen Einrichtungen werden. Auch der interkulturelle Dialog setzt kulturelle Bildung voraus. In Schulen, Musikschulen, Jugendkunstschulen und soziokulturelle Zentren muss die Aufgabe fest installiert werden.

Bei der Integrationsförderung in Bayern müssen deutlich mehr Anstrengungen unternommen werden - orientiert an einem Integrationsbegriff, der die gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben aller Menschen in den Mittelpunkt stellt - von Migrantinnen und Migranten ebenso wie von hier lebenden Deutschen, orientiert am Ziel, eine Kultur der Toleranz, der Akzeptanz, der Anerkennung und des gleichberechtigten Miteinanders auf der Basis der in unserer Verfassung festgelegten Grundwerte, Rechte und Pflichten zu fördern.

Kernbereiche der Integrationsarbeit sollen sein:

- die Beherrschung der deutschen Sprache als Hauptschlüssel der Integration,
- die schulische und berufliche Qualifikation,
- die Wertevermittlung und das Miteinander im gesellschaftlichen Leben und
- die soziale Beratung und Begleitung von Migrantinnen und Migranten.

Bündnis 90 / Die Grünen: Das kulturelle Potential der Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern wird durch die staatliche Kulturförderung bisher kaum wahrgenommen. Ausdruck dessen ist, dass Förderung der interkulturellen Arbeit bisher Sache sozialen und kirchlichen Engagements ist. Dies wird sich erst durch einen Perspektivenwechsel in der Integrationspolitik ändern, der die Ressourcen und Potentiale der verschiedenen Kulturen in unserem Land in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die bisher entwickelten Ansätze im sozialen Bereich und auf kommunaler Ebene stärken und die interkulturelle Arbeit in die staatliche Kulturförderung integrieren.

FDP: Unter Interkultur versteht die FDP den Austausch zwischen und das Miteinander von

Kulturen als wechselseitigen Dialog und Lernprozess. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund stellt eine große gesellschaftliche Herausforderung und Chance dar. Kunst und Kultur sind hierfür ein bestens geeignetes Mittel. Hierfür müssen viele Akteure und Bereiche zusammengeführt werden und zusammenarbeiten. Gelungene Integration bedeutet friedliches Zusammenleben in gegenseitigem Respekt. Dieser Aufgabe müssen sich staatliche und private Akteure sowie der Dritte Sektor gemeinsam stellen. Integration funktioniert nicht von selbst. Kunst- und Kulturprojekte, die die Integration fördern, sollten eine besondere Förderung erhalten.

Voraussetzung für interkulturelle Arbeit ist aus Sicht der FDP, dass sich die Bürger zunächst mit ihrer eigenen Kultur auseinandersetzen. Denn Voraussetzung der Begegnung mit anderen Kulturen – auch im eigenen Land – ist immer das Bewusstsein für die eigene Kultur. Das bedeutet: Kulturelle Bildung ist auch die Grundlage für interkulturelle Arbeit. Kulturelle Bildung ist die Basis, damit der Dialog zwischen den Kulturen fruchtbar ist.

Die Linke: Bayern ist „interkulturell“, es wäre fatal, das Land auf ein Lederhosenklischee festzunageln, wozu ein Teil herrschender Kulturauffassung neigt. Die Geschichte Bayerns ist von ungezählten Einflüssen „fremder“ Kulturen geprägt, was für Pass- und Durchzugsländer immer typisch war. Die Nachkriegsentwicklung hat neue Wellen von Zuzug – und damit von kulturell anders sozialisierten Bevölkerungsgruppen bewirkt. Sie müssen einerseits ihre kulturellen Wurzeln und Besonderheiten bewahren können, andererseits müssen Räume des Austausches und des gegenseitigen Verstehens geschaffen und gefördert werden. Jeder Diskurs über eine „Leitkultur“ ist schädlich, weil er nicht auf Vielfalt in einer neuen Einheit sondern auf Assimilierung setzt.

Inhaltliche Schwerpunkte: Demokratische und oppositionelle Kultur aus den Herkunftsländern (z.B. Literatur aus der Türkei); Der gemeinsame „interkulturelle Nenner“: Menschenwürde, Frieden, Emanzipation; Kein Missbrauch der Kultur zu außenpolitischen Zwecken (Vertriebenenverbände), aber die Anerkennung der soziokulturellen Bereicherung durch Zuwanderung.

3) Wie kann die bayerische Kulturpolitik die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an kulturellen Ausdrucksformen, Projekten und Veranstaltungen herstellen? Welchen Stellenwert messen Sie dabei bürgerschaftlichem Engagement und den Akteuren der Zivilgesellschaft zu?

CSU: Bayern verkörpert in besonderer Weise die Verbindung von Tradition und Moderne, von fester Verankerung und Offenheit für Innovationen. Heimat und Brauchtum wollen wir bewahren und zeitgemäß weiterentwickeln. Dazu gehören Volksmusik und Trachten genauso wie Denkmalpflege, landschaftstypisches Bauen und der bayerische Dialekt. Deshalb wollen wir die staatliche Förderung von Heimat-, Trachten- und Musikvereinen, die eine qualitätsvolle Jugend- und Nachwuchsarbeit leisten, ausbauen.

Die CSU will die bunte kulturelle Vielfalt Bayerns stärken. Wir wollen Spitzenleistungen und Breitenförderung weiterhin fördern. Die CSU sieht die kulturelle Bildung als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben an. Deshalb will die CSU bayerische Künstler an die Schulen bringen und Ihnen somit Möglichkeiten bieten, Kunst und Kultur Kindern und Jugendlichen zu präsentieren. Lesungen und Schreibwerkstätten sollen gefördert werden. Zusammenarbeit und Netzwerkbildung wollen wir hier anregen, unterstützen und zu einem wichtigen Kriterium der staatlichen Förderung machen.

SPD: Mit der Soziokultur wird im Bereich der Kulturpolitik das Ziel verfolgt, kulturelle Angebote für alle zugänglich zu machen und alle kulturellen Lebensweisen zu berücksichtigen. Da ein Hauptfeld der Soziokultur in Integrationsarbeit besteht, kommt ihr in Zeiten von Zuwanderung und

interkulturellem Zusammenleben, neuer Medien, Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen eine immer größere Bedeutung zu.

Die SPD-Landtagsfraktion hält es für notwendig, dass die Soziokultur in Kommunen flächendeckend verankert wird. Im Bayerischen Kulturretat ist Soziokultur als Sparte nicht vorgesehen. Eine zeitgemäße eigene Landesförderung der Soziokultur mit festen Etatposten ist zu etablieren.

Soziokultur ist durch ihren basisgesellschaftlichen Ansatz stark durch ehrenamtliches Engagement getragen. Dieses Potenzial muss gepflegt, gefördert und professionalisiert werden. Bei der Kulturarbeit sehen sich die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit immer schwierigeren Anforderungen konfrontiert. "Learning by doing" reicht oft nicht mehr aus. Die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen soziokultureller Einrichtungen erschweren jedoch notwendige Qualifizierung und Weiterbildung.

Für einen Austausch und Anregungen der verschiedenen Projekte und Arbeiten sowie der Koordination und der politischen Arbeit in ganz Bayern ist ein Landesverband als Ansprechpartner für Vereine, Verbände, Projekte und Politik unerlässlich. Die staatliche finanzielle Förderung der Vernetzung soziokultureller Arbeit in Form eines Bayerischen Dachverbandes muss auch in Bayern endlich umgesetzt werden.

Die SPD-Fraktion hat in den vergangenen Haushaltsberatungen die Förderung der Landesvereinigung Kultureller Bildung in Bayern gefordert (300.000 €). Die Forderung wurde wiederholt von der CSU-Mehrheit im Bayerischen Landtag abgelehnt.

Bündnis 90 / Die Grünen: Der Zugang zu Kultur und kultureller Bildung darf nicht länger vom sozialen Status abhängig sein. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, denn die frühzeitige kulturelle Bildung und Förderung aller Kinder und Jugendlichen ist eine entscheidende Voraussetzung für den Zugang aller Bevölkerungsschichten zu den Kulturangeboten in Bayern. Eine längere gemeinsame Schulzeit und die gebundene Ganztagschule bieten hierfür die optimalen Bedingungen: Die gemeinsame Schulzeit beendet die soziale Selektion – v.a. auch hinsichtlich des Zugangs zur kulturellen Bildung, die gebundene Ganztagschule bietet genügend Freiraum für die individuelle Entwicklung der SchülerInnen und die optimale Entfaltung all ihrer Talente und Potenziale. Dies trifft in besonderem Maße auf die kulturelle und kreative Förderung zu, da diese bisher in der Halbtagschule oft zu kurz kommt und der Zugang zu außerschulischen Angeboten kultureller Bildung häufig vom Geldbeutel und Bildungshintergrund der Eltern abhängig ist.

Gerade angesichts fehlender staatlicher Konzepte und dem stetigen Rückzug des Freistaats aus der Finanzierung des Kulturangebots in Bayern, ist der Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements nicht zu überschätzen. Die zivilgesellschaftlichen Akteure leisten einen entscheidenden Beitrag, trotz des staatlichen Rückzugs eine vielfältige Kulturlandschaft aufrechtzuerhalten und breiten Bevölkerungsgruppen den Zugang dazu zu ermöglichen. Diesem Engagement müssen auch angemessene Formen der Würdigung gegenüber stehen. Auch Ehrenamt gibt es für die Gesellschaft nicht zum Nulltarif.

FDP: Die FDP bekennt sich zur Verpflichtung des Staates, die Kultur zu schützen und zu fördern. Eine verlässliche staatliche Förderung von Kultur ist zugleich die Grundlage für das unentbehrliche Engagement der Zivilgesellschaft. Die vielfältige und wertvolle Kulturlandschaft Deutschlands lässt sich ohne die Unterstützung der öffentlichen Hand nicht erhalten. Daher bekennt sich die FDP zur grundlegenden Verpflichtung des Staates zur Finanzierung und Förderung von Kunst und Kultur. Dies gilt in besonderem Maße für das Innovative und Experimentelle, das auf dem Markt keine Chance hat, aber auch für das kulturelle Erbe oder den in seiner gesellschaftlichen Bedeutung oft unterschätzten Bereich der Soziokultur. Aber die Verpflichtung des Staates ist eine subsidiäre Verpflichtung: dort, wo die Kulturwirtschaft oder die Zivilgesellschaft ebenso gut die Bedingungen

für kulturelle Angebote und Leistungen schaffen können, sollte die staatliche Förderung unterbleiben.

In fast allen künstlerischen Sparten ist bürgerschaftliches Engagement ein wesentlicher Bestandteil des kulturellen Lebens. Dies geht von den Sparten Literatur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Musik, der Soziokultur bis hin zur Denkmalpflege. Im Konkreten reicht das Engagement dann von Literarischen Gesellschaften bis zu ehrenamtlich geführten Stadtteilbibliotheken; von Kunstvereinen bis zu Fördervereinen in Museen; vom Amateurtheater bis zum Förderverein in Theater; vom Mandolinenensemble bis zum Blasorchester, über den Gospel- zum Konzertchor; von den soziokulturellen Zentren bis zum Engagement der deutschen Stiftung Denkmalschutz. Diese Beispiele zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement Teilhabe bedeutet, Teilhabe an der Laien- und Breitenkultur. Hervorzuheben ist, dass das bürgerschaftliche Engagement im Kulturbereich in festen Strukturen wie Vereinen, Gruppen oder Organisationen in den letzten Jahren im Allgemeinen gewachsen ist.

Das Leitbild der liberalen Bürgergesellschaft lautet „Kultur von allen“. Dies gilt für das Fördern und Ermöglichen von Kunst und Kultur ebenso wie für die aktive Teilhabe an der Kultur. Anstelle des von einem staatlichen Versorgungsgedanken geprägten Schlagwortes „Kultur für alle“ setzt die FDP mit dem Leitbild „Kultur von allen“ auf das Engagement der Zivilgesellschaft und die Freiheit jedes Einzelnen, seine persönlichen kulturellen Vorstellungen zu verwirklichen.

Doch die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement und die Eigeninitiative in allen Bereichen der Gesellschaft sind alles andere als optimal. Sie bestrafen Eigeninitiative, Kreativität und Engagement – das Gegenteil muss der Fall sein. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist ein zentrales Anliegen der FDP. Bürgerschaftliches Engagement und die ehrenamtliche Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben sind die Grundlagen einer liberalen Bürgergesellschaft. Für die FDP bedeutet weniger Staat nicht nur mehr Markt, sondern auch mehr Zivilgesellschaft. Selbstorganisation, Selbstverantwortung sind typisch liberale Begriffe. Die FDP will neue Anreize zur Erschließung der vorhandenen Potentiale für ehrenamtliche Tätigkeiten schaffen. Zu den Aufgaben zur Stärkung des Ehrenamts gehört neben dem Abbau von Verwaltungshemmnissen auch eine Reform des an vielen Stellen unübersichtlichen und unsystematischen Gemeinnützigkeitsrechts.

Die FDP spricht sich dafür aus, die Handlungsempfehlungen, die die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ gegeben hat, in die Tat umzusetzen. Diese sind:

- Die Enquete-Kommission empfiehlt Bund und Ländern, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement so zu gestalten, dass sich die Bürger unabhängig von ihrem sozialen Status engagieren können. Dabei sollten ressortspezifische und -übergreifende Lösungen immer den Ansatz einer allgemeinen Förderung von Bürgergesellschaft berücksichtigen.
- Die Enquete-Kommission empfiehlt allen öffentlichen Zuwendungsgebern, ein ausgewogenes Verhältnis von institutioneller Förderung und Projektförderungen herzustellen. Ebenso sollte das Instrument der Festbetragsfinanzierung stärker genutzt werden, um so Anreize zur Erwirtschaftung von zusätzlichen Eigenmitteln zu setzen. Projektförderungen sollten sich auf zeitlich und inhaltlich befristete Vorhaben begrenzen. Bei Zuwendungen sind vermehrt Mittel zur Selbstbewirtschaftung auszuweisen, um so einen noch wirtschaftlicheren Umgang mit den Zuwendungen zu ermöglichen.
- Die Enquete-Kommission empfiehlt den öffentlichen Zuwendungsgebern zur Verminderung des bürokratischen Aufwandes, dass vermehrt – wo immer dies möglich ist – nur noch einfache Verwendungsnachweise als Beleg für die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel gefordert werden. Dieses würde insbesondere zu einer Entlastung der Verwaltung führen. Weiterhin sollte das bürgerschaftliche Engagement generell als geldwerte Leistung bei Förderungen als Eigenleistung anerkannt werden. Dieses würde die Eigenleistung der Vereine bei

Zuwendungen transparenter machen und zu einer größeren Anerkennung der Eigenleistungen als geldwerte Leistungen führen.

- Für die bayerische Landtagswahl heißt das konkret, dass sich die FDP dafür einsetzen wird, dass es eine verlässliche, nachhaltige institutionelle Förderung bürgerschaftlichen Engagements und privater Institutionen durch den Staat gibt, denn über Projektförderung werden nur bestimmte „Events“ hoch subventioniert.

Die Linke: Dem Kulturarbeit ist eigen, dass sie sich nicht in eng umgrenzten bürokratischen Räumen entwickeln kann. Deshalb plädiere ich für die Unterstützung freier Initiativen – frei von Wirtschaftsförderung und daher angewiesen auf öffentliche Mittel. Nach meiner Auffassung ist z.B. eine verstärkte Förderung des Arbeitskreises gemeinsamer Kulturarbeit bayrischer Städte ein wichtiger Beitrag zur Vernetzung kultureller Initiativen und Kooperationen von Städten und Gemeinden. Kultur braucht einen vernetzten, sie unterstützenden, aber nicht behindernden Resonanzboden. Lebenswerte „Kleinräume“ (Dörfer, Dorfnachbarschaften) werden nur in einem kleinräumigen – nicht engstirnigen – Kulturraum lebendig. Dem Lederhosen- und Gebirgsschützenklischee steht z.B. das Dehnberger Hoftheater bei Lauf entgegen. Dabei ist durchaus zu beachten, dass auch traditionelle Kulturformen, meist als „Feiertagskultur“ nach schwerer Landarbeit herausgebildet, ihre Berechtigung haben und Unterstützung verdienen. Die Sparwut der bayrischen Staatsregierung zeigt ihren begrenzten kulturellen Horizont. Hauptsache, der Staatsapparat applaudiert sich kostenlos auf Events, die der Steuerzahler finanziert. Die Umkehrung des Sozialprinzips heißt: keine Freikarten für den Politik- und Staatsbetrieb.

Die bayrische Kulturpolitik kann nur bestmögliche Voraussetzungen für die Teilhabe breiterer Bevölkerungsschichten an kulturellen Räumen und Ereignissen schaffen. Neben einem Kulturticket für sozial Schwächere – siehe oben – wäre es von Bedeutung, in besonders „kulturfernen“ Wohnbezirken Kultur- und Sozialarbeit zu verknüpfen und in geförderte Projekte einzubringen. Derartige Initiativen haben kulturelle Auswirkungen im weitesten Sinn des Wortes. Vereinfachendes, rechtsextremistisches Gedankengut findet immer dann keinen Nährboden, wenn selbst- und demokratiebewusste Persönlichkeiten, ausgestattet mit dem nötigen historischen Wissen, die Lebensräume mitbestimmen. Gleiches gilt für die Grundlage kultureller Entfaltung: der gleichberechtigten Teilhabe am Bildungs- und Ausbildungssystem und an guter Arbeit. Für Menschen, die für eine kurzfristig profitorientierte Wirtschaft keinen „Gebrauchswert“ haben, spielt aktive Kulturpolitik eine herausragende Rolle: Nicht als Beruhigungstherapie, sondern als Übung zur Gegenwehr und zu Selbstbewusstsein. Sie kann gleichzeitig die schöpferischen Fähigkeiten entfalten helfen, die in sozial prekären Situationen verkümmern.

Zu „bürgerschaftlichem Engagement der Akteure der Zivilgesellschaft“: Ob es sich nun um kirchliche, soziale, gewerkschaftliche oder politisch orientierte Bewegungen vor Ort handelt – sie sind in jedem Fall unverzichtbare (Mit)träger kultureller Ereignisse und kultureller Räume. So entstand z.B. unter Mitwirkung von Gerd Lobodda, zu diesem Zeitpunkt erster Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg, ein kultureller Dialog über ein neues Menschenbild, manifestiert in der Form einer Skulptur vor dem Gewerkschaftshaus. Entscheidend dabei ist allerdings der „Prozess“ – nämlich der Dialog von gestaltender Kunst und scheinbar kulturfernen Organisationen, die sich meist auf „Vergangenheitskultur“ reduzieren (Liedgut der Arbeiterbewegung, Literatur...). Kulturinitiativen in Gewerkschaften (Literatur der Arbeitswelt, Chöre) verdienen Beachtung und Unterstützung. Kirchen können aufgrund ihrer privilegierten Stellung – Pfarrheime, Begegnungsstätten, offene Jugendarbeit, Mitteleinsatz für Kunstprojekte, Musik, Gesang – eine wichtige Rolle spielen und sich mit außerkirchlichen Initiativen vernetzen. Ähnlich wichtig sind Sozialverbände, z.B. die AW, die in ihren Altenbegegnungsstätten Räume für eine Erinnerungskultur schaffen können. Der Alltag älterer Menschen bleibt damit für die Gegenwart lebendig. Aber auch freie Initiativen und – was bei Künstlern typisch ist, einzelne Aktivisten der Kulturszene – brauchen einen Raum des kulturellen Austausches und damit eine Vermittlung in die

Öffentlichkeit. (Kulturelle Gründerzentren). Das Besondere daran ist der Schutz kritischer, oppositioneller Kultur wider die herrschende Verflachung und Vermarktung. Schließlich ist es kein Widerspruch, im kulturellen Raum, verantwortet von öffentlichen Trägern, ein erhebliches Potential für gute Arbeit zu sehen.

4) Sollte aus Ihrer Sicht die Bayerische Staatsregierung die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur fördern? Sollte das Land Bayern die Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern (LKB BY) fördern? Sollten Modelle der interkommunalen Zusammenarbeit bayerischer Städte - z.B. des Arbeitskreises für gemeinsame Kulturarbeit bayerischer Städte e.V. - vom Land gefördert werden?

CSU: Grundsätzlich will die CSU verstärkt kulturelle Bildung fördern, da diese zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben gehört. Die Partei fällt jedoch nur die rahmenpolitischen Grundsatzbeschlüsse. Die Entscheidung über konkrete Förderung obliegt der Exekutive. Dieser können und wollen wir nicht vorgreifen.

SPD: *Siehe Frage 3.*

Bündnis 90 / Die Grünen: Gerade bei der Förderung der Soziokultur sehen wir Nachholbedarf in Bayern, insbesondere in der Fläche. Die Stärkung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur wäre ein wichtiger Baustein, um in diesen Bereich zu stärken.

Die Landesvereinigung Kulturelle Bildung nimmt Aufgaben wahr, die in der politischen Verantwortung des Freistaats liegen. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass eine Förderung angemessen wäre.

Die Arbeit des Arbeitskreises Kulturarbeit bayerischer Städte e.V. ist ein hervorragender Ansatz zur Weiterentwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit. Hier stehen in erster Linie die Städte und Gemeinden in der Pflicht, sich stärker, auch finanziell, einzubringen. Die beste Möglichkeit einer staatlichen Förderung sehen wir in einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs zum Nutzen der Kommunen. *(Siehe auch Frage 1.)*

FDP: Die FDP begrüßt es, dass es das Ziel der LAG Bayern ist, den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit soziokultureller Einrichtungen zu fördern und deren Anerkennung in der Öffentlichkeit und in der Kulturpolitik voranzutreiben.

Die bayerische FDP behält sich nach ihrem Einzug in den Bayerischen Landtag vor, die Frage der Förderung der LAG Bayern durch die Bayerische Staatsregierung bei den nächsten Haushaltsverhandlungen vorzubringen und zu diskutieren. Dies jedoch nicht, ohne die LAG Bayern angehört zu haben.

Auch bei der Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern behält es sich die bayerische FDP vor, unmittelbar vor den nächsten Haushaltsberatungen das Gespräch mit der LKB Bayern zu suchen, um zu beraten, ob eine Unterstützung durch das Land Bayern befürwortet werden kann.

Die Linke: Daraus folgt zwingend die Förderung der „Soziokultur“ durch die bayrische Staatsregierung. Der besondere Charakter der Soziokultur ist ihr wechselseitiges Verhältnis von Alltag und Kultur, eine Kultivierung des Alltags und eine alltägliche Beziehung in der Kultur. Soziokulturelle Zentren dürfen sich jedoch nicht auf die Ballungsräume begrenzen, sondern müssen sich auf die „bayrische Lebensform“ (eine überwiegender Bevölkerungsanteil wohnt in kleinstädtischem und ländlichen Raum) einstellen. Soziokulturelle Gründerzentren würden einen Entwicklungsraum der Künste mit dem sozialen Umfeld verknüpfen können.

Ohne unterstützende Mittel durch den Freistaat Bayern lassen sich landesweite Initiativen nur unzureichend betreiben. Daraus folgt die Notwendigkeit einer ausreichenden Unterstützung der Landesvereinigung und Modelle interkommunaler Zusammenarbeit.

5) Zu welchen Themen würden Sie in Bayern neue Förder-Fonds und -Modelle etablieren?

CSU: Bayern hat mit dem Kulturfonds und dem Entschädigungsfonds sowie den Fördermöglichkeiten durch die Bayerische Landesstiftung bereits ein sehr effektives Instrumentarium für den gesamten Kulturbereich etabliert, welches es zu sichern gilt. Für Belange der Jugendkulturarbeit wären zusätzliche Fördereinrichtungen denkbar.

Die CSU will künftig verstärkt Integration und ehrenamtliches Engagement fördern.

Nach der Verbesserung des Versicherungsschutzes und der steuerlich günstigeren Behandlung von Aufwandsentschädigungen wollen wir eine Ehrenamtscard einführen, um zusätzliche Anreize für ehrenamtliches Engagement zu geben. Wir wollen flächendeckend die Einrichtung von Agenturen zur Vermittlung von Freiwilligenarbeit fördern und das Fortbildungsangebot ausbauen. Die CSU will ebenso Kultur und Brauchtum festigen. Wir wollen dazu Jugend- und Nachwuchsarbeit in Heimat-, Trachten- und Musikvereinen sowie die kulturelle Bildung, vor allem an Schulen, verstärkt fördern.

SPD: *Siehe Frage 1.*

Bündnis 90 / Die Grünen: Förderfonds stellen nicht immer die beste Form finanzieller Kulturförderung dar. Wir setzen uns für eine besser ausgestattete Kulturförderung im Haushalt ein. Dies würde zu mehr Transparenz und besserer demokratischer Legitimation der Kulturförderung insgesamt führen.

FDP: Angesichts der Haushaltsbeschränkungen, unabhängig davon, wer die Regierung bildet, können zusätzliche Förderungen der Kultur nur von stärkerem Engagement privater Träger kommen. Dies gilt für alle Formen der Kunst und Kultur, Museen, Musik, Oper und Theater, Literatur usw. Als herausragendes Beispiel für viele mag die „Oper für alle“ in München stehen, wo mit jährlich 6-stelligem Aufwand seitens BMW Aufführungen live aus der Staatsoper für 10 bis 20tausend Besucher ohne Eintrittsgeld auf den Max-Joseph-Platz übertragen werden. Entscheidende Forderung der FDP: solche Zuwendungen müssen der Kultur zusätzlich zugute kommen und dürfen nicht als Alibi für weitere Einschränkungen der öffentlichen Mittel dienen.

Die Linke: Armut und Kultur; Demokratie und Kultur; Flexibilisierte und deregulierte Arbeit als kulturelle Herausforderung; Rüstungsproduktion in Bayern und kultureller Anspruch; Kulturelles Angebotsgefälle in Bayern.

6) Was halten Sie von der Entwicklung eines Landesentwicklungskonzeptes Kultur / Kulturbericht und einem Berichtswesen über Kulturwirtschaft durch die Staatsregierung?

CSU: Die CSU wird sich mit dem Thema Kulturwirtschaft in der Zukunft noch stärker beschäftigen. Die CSU wird sich dafür einsetzen, dass dazu ein entsprechender Bericht vorgelegt wird.

SPD: Die Bedeutung der Kulturwirtschaft wird in Bayern noch nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Im Dialog staatlicher und kultureller Einrichtungen muss ein Verfahren festgelegt werden, ausreichende Daten für politische Entscheidungen zu gewinnen.

Transparenz in der Kulturförderpraxis erhöht den Rechtfertigungsdruck bei der Mittelverteilung im Haushaltsvollzug. Deshalb hat die Mehrheitsfraktion die SPD-Forderung nach einem Kulturentwicklungsplan bislang abgelehnt.

Wir werden von unseren Auskunftsrechten im Parlament so lange Gebrauch machen, bis die Berichtskultur der Bayerischen Staatsregierung ausreichend ist.

Bündnis 90 / Die Grünen: Die Kulturförderung ist in weiten Teilen der Kontrolle durch den Landtag entzogen. Wir fordern mehr Transparenz, eine konzeptionelle Grundlage für alle kulturellen Bereiche sowie eine gerechtere und langfristig angelegte kulturelle Förderpraxis in Bayern. Die Entwicklung eines Landesentwicklungskonzeptes und eine Berichtspflicht gegenüber dem Landtag erscheinen uns sinnvoll. Die Mittel der Kulturförderung dürfen nicht länger Verfügungsmasse einzelner MinisterInnen sein. Eine verbesserte demokratische Kontrolle würde die gerechte regionale Verteilung der Mittel sichern.

FDP: Landesentwicklungskonzepte Kultur: Die bayerische FDP spricht sich für die Entwicklung eines Landesentwicklungskonzeptes Kultur aus. Sie ermöglicht eine langfristige Planung und damit eine strategische Herangehensweise an die verschiedensten Probleme (Bsp. demografischer Wandel und Kultur). Durch die Erarbeitung eines solchen Konzeptes wird den Beteiligten deutlich, auf welchen kulturpolitischen Feldern in den nächsten Jahren Schwerpunkte liegen werden. Insbesondere durch die klare Strukturierung von Zielen und Zielhierarchien, wird den Beteiligten deutlich, wo die Schwerpunkte der Kulturarbeit eines Landes liegen.

Auf Bundesebene ist bereits durch die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ beschlossen worden:

- Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern, zu prüfen, ob gemeinsam mit den Kommunen und freien Trägern im Diskurs Landeskulturentwicklungspläne/ -konzeptionen erarbeitet werden sollten. In diesen können kulturpolitische Ziele und die zu deren Erreichung notwendigen Ressourcen, Mittel und Verfahren besser definiert werden.
- Die Enquete-Kommission empfiehlt der Bundesregierung, zeitnah eine Kulturentwicklungskonzeption für den Bund zu erarbeiten, die in Form eines Kulturberichts regelmäßig fortzuschreiben ist und aus der sich konkrete Zielvereinbarungen für die jeweiligen Einrichtungen ableiten lassen. Diese Konzeption sollte schon einer besseren Transparenz wegen in die Haushaltsberatungen des Parlaments einfließen.

Berichtswesen über Kulturwirtschaft: Die FDP hält es für notwendig, dass der Freistaat Bayern einen Kulturwirtschaftsbericht erstellt. Die Kulturwirtschaft muss als Zukunfts- und Wachstumsbranche gestärkt werden. Dafür muss entsprechende Datenmaterial vorliegen.

Die Kulturwirtschaft ist eine der wichtigsten Zukunftsbranchen in Deutschland. Die Arbeit und die Produkte, z.B. der Filmindustrie, der Verlage, der Galerien, der Architekten und Designer, Musiker und Musikverleger sind ein Wirtschaftsfaktor von erheblichem Ausmaß. Laut Schätzungen des Arbeitskreises Kulturstatistik e. V. erreichte die Kulturwirtschaft in Deutschland im Jahr 2004 einen Beitrag zur Bruttowertschöpfung von insgesamt 36 Mrd. Euro, das entspricht einem Anteil von 1,6 Prozent. Damit liegt die Kulturwirtschaft zwischen der Chemischen Industrie (46 Mrd. Euro und 2,1 Prozent Anteil am BIP) und der Energiewirtschaft (33 Mrd. Euro und 1,5 Prozent Anteil am BIP).

Unter Einbeziehung der Kreativwirtschaft erreicht die Bruttowertschöpfung 58 Mrd. Euro (ohne die der Kreativwirtschaft 36 Mrd. Euro). Darüber hinaus sind Kunst und Kultur wichtige Standortfaktoren. Sie stärken den Tourismus und fördern die Ansiedlung von Unternehmen. Städte und Kommunen, die Verantwortung für Kultur übernehmen, werden so zu attraktiven Wohn- und Arbeitsstätten.

Die FDP hält die Erstellung eines bundesweiten Kulturwirtschaftsberichtes durch den BKM für dringend geboten. Auch die Länder sollten Kulturwirtschaftsberichte erstellen. Derzeit haben zehn der 16 Länder einen Kulturwirtschaftsbericht herausgegeben. Bayern sollte hier dringend nachziehen. Ein Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht sollte zum einen globale Darstellungen über die wirtschaftliche Bedeutung aller Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft und zum anderen differenzierte Detailbetrachtungen der einzelnen Kultur- und Kreativwirtschaftszweige beinhalten. Da es nicht DIE Kultur- und Kreativwirtschaft gibt, sondern der Wirtschaftszweig aus verschiedenen Branchen mit ganz verschiedenen Bedürfnissen und Betriebsgrößen besteht, müssen die einzelnen Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft mehr Beachtung finden. Aus diesem Grund müssen die Berichte differenziert nach Branchen erarbeitet werden, damit darauffolgend die richtigen Infrastrukturförderungsmaßnahmen und Förderprogramme installiert werden.

Die FDP plädiert dafür bei der Betrachtung der Kultur- und Kreativwirtschaft das Modell der kulturellen Wertschöpfungsketten zugrunde zulegen. Die FDP setzt sich insbesondere dafür ein, dass eine einheitliche Kulturwirtschaftsstatistik aufgebaut wird. Mit Hilfe von Experten aus Wissenschaft, Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Politik sollten sich Bund und Länder auf eine statistische Darstellung von Kultur- und Kreativwirtschaft verständigen. Zu klären ist unter anderem, welche Wirtschaftsklassen und Wirtschaftsunterklassen der amtlichen Statistiken und welche Bereiche nichtamtlicher Statistiken bei der Erfassung der Kultur- und Kreativwirtschaft Berücksichtigung finden sollten. Dabei ist darauf zu achten, dass diese statistische Darstellung mit europäischen Ansätzen weitgehend kompatibel ist. Erst wenn diese Einigung erzielt ist, sind die Länder in ihren Kultur- und Kreativwirtschaftsberichten untereinander vergleichbar.

Die Linke: Darin steckt die Kultivierung der herrschenden Kulturpolitik, der Zwang zur Beteiligung aller kultureller Akteure im Freistaat bzw. deren Repräsentanten von den Bildungseinrichtungen bis zur praktizierenden Kunst. Ein „Bericht über die Kulturwirtschaft“ zwingt den Staat zur Rechenschaft und zur Reflexion und ermöglicht... *(weiter bei der Antwort zu Frage 7)*

7) Wie sollte aus Ihrer Sicht Transparenz über die Förderpraxis des Freistaats Bayern hergestellt werden? Wie kann eine sinnvolle und gerechte regionale Verteilung der Landesmittel für Kultur sichergestellt werden?

CSU: Auf eine gerechte regionale Verteilung der Landesmittel achtet das zuständige Ministerium, das über die prozentualen Anteile genau Buch führt, aber auch die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag, die hier sehr genau nachfragen.

SPD: Der Freistaat Bayern hat mit dem Kulturfonds eine Möglichkeit geschaffen, auch außerhalb der Metropolen kulturpolitische Schwerpunkte zu setzen. Die unterschiedlichen Angebote in Theater (Sparten-Theater, Beispielbühne oder Staatsoper) rechtfertigen unterschiedliche Förderhöhen. Allerdings müssen die Mittel deutlich aufgestockt werden, um eine hochwertige kulturelle Präsenz in allen Landesteilen zu gewährleisten. Voraussetzung ist die Bestandsaufnahme durch eine umfassende Kulturberichterstattung, die Evaluation der vorhandenen Förderpraxis und ihrer Strukturen, der Aufbau eines Rahmenkonzepts

zur Kulturentwicklung und regionale Entwicklungspläne, abgestimmt auf die jeweilige Stärken und Bedürfnisse. Ziel ist die Transparenz und Teilhabe an Förderentscheidungen.

Bündnis 90 / Die Grünen: *Nicht beantwortet.*

FDP: Aus Ihrer der Frage ergibt sich schon, dass ein Nachholbedarf durch die bisherige Alleinregierung der CSU besteht. Nach Einzug einer liberalen Fraktion in den Bayerischen Landtag werden wir mit Nachdruck für mehr Transparenz bei der Förderpraxis des Freistaat Bayern sorgen. Es wird die Aufgabe der FDP im Bayerischen Landtag sein, auf transparente und objektive Vergabeverfahren nach klar definierten Kriterien zu drängen.

Die Linke: (*siehe Frage 6*) ...eine erhöhte Transparenz für die interessierte Öffentlichkeit bzw. schafft erst ein Interesse in der Öffentlichkeit. Dies wiederum ist Voraussetzung für eine Debatte um sinnvolle und regional ausgewogene Kulturförderung. Dabei geht es nicht um ein Gießkannenprinzip, sondern um eine öffentliche Debatte über den sinnvollen Mitteleinsatz ohne Präferenzen auf „reiche“ Ballungsräume. Es könnte beispielsweise ein Landeskulturrat aus einschlägigen Verbänden und Kulturschaffenden gebildet werden, die hinsichtlich der Mittelvergabe ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht beim Kulturhaushalt und den Förderungsschwerpunkten bekommen.

8) Wie beurteilen sie Finanzanteile und Zuständigkeitsverteilung zwischen Freistaat und Kommunen in Bayern? Wie sehen Sie die Rolle von Bund und EU?

CSU: Kommunen und Freistaat sind eingespielte Partner mit klar geregelter Zuständigkeit. Die Rolle von Bund und EU im Kulturbereich wird in der öffentlichen Wahrnehmung stark überschätzt. Beide besitzen kaum Zuständigkeiten, ihre finanziellen Beiträge zum Kulturleben sind im Vergleich zu Ländern und Kommunen eher marginal.

SPD: Kommunen sind die Hauptträger des kulturellen Lebens in Bayern. Schwerpunkte setzt der Freistaat bei überregionalen kulturellen Projekten und Programmen. Darüber hinaus sind Bund und EU aber auch die private Wirtschaft aufgefordert, an der kulturellen Vielfalt Bayerns mitzuwirken und den kulturellen Reichtum Bayerns zu erhalten und zu fördern.

Bündnis 90 / Die Grünen: Der Freistaat hat die Aufgabe, (finanzielle) Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Freiheit der Kunst und den freien Zugang aller Bevölkerungsschichten zu den kulturellen Angeboten in Bayern gewährleisten. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen muss den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, individuelle und lokalspezifische Kulturangebote zu verwirklichen. Die zusätzliche Förderung durch den Bund und die EU darf nicht zu einer Homogenisierung der lokalen und regionalen Kulturlandschaften führen. Stattdessen müssen die regionalen Eigenheiten und kulturellen Spezifika gefördert und gleichzeitig die entsprechenden Rahmenbedingungen für einen intensiven transkulturellen Dialog geschaffen werden.

FDP: Ein Eckstein unserer föderalistischen Staatsordnung ist die „Kulturhoheit der Länder“ und diese wird von den Ländern – gerade auch von Bayern – mit „Zähnen und Klauen“ verteidigt. Daher ist es folgerichtig, wenn der Bund sich auf die auswärtige Kulturpolitik (Beispiel: Goethe-Institute) und die Förderung innerdeutscher Kulturveranstaltungen und –Projekte mit weltweiter Ausstrahlung beschränkt (Beispiele: Museumsinsel Berlin, Bayreuther Festspiele).

Innerhalb Bayerns gilt im Grunde die gleiche Aufteilung, und zwar bezüglich sowohl der inhaltlichen und planerischen wie auch der finanziellen Zuständigkeit: Kulturelle Veranstaltungen und Projekte mit überörtlicher Bedeutung sind Sache des Freistaates, solche mit örtlicher Signifikanz Sache der Kommunen.

Nach Ansicht der FDP hat sich die Zuständigkeitsverteilung im Laufe der Jahrzehnte, ja der Jahrhunderte recht gut eingespielt. Was die FDP hingegen kritisiert und abstellen will, ist die Tatsache, dass beide Seiten, Land wie Kommunen, bei finanziellen Engpässen zu allererst bei der Kultur sparen.

Die Linke: *Keine Antwort.*

9) Welche langfristigen Perspektiven sehen Sie vor dem Hintergrund des demographischen Wandels für die Kultur(politik) im ländlichen Raum und in den Metropolregionen?

CSU: Wir wollen die internationale Strahlkraft und gleichzeitig die bunte Vielfalt des ganzen Landes mit seinen reichen kulturellen Traditionen ausbauen. Die CSU hat im Flächenstaat Bayern seit jeher versucht, dieser Vielfalt durch entsprechende dezentrale Fördermaßnahmen gerecht zu werden. Erwähnt sei hier der Kulturfonds Bayern, mit dem wir alljährlich relativ flexibel auf aktuelle Bedürfnisse eingehen können.

SPD: Schon ab 2015 werden sich der Bevölkerungsrückgang und der veränderte demografische Aufbau der Gesellschaft - regional und sektoral unterschiedlich ausgeprägt - in den Kultureinrichtungen bemerkbar machen: Sinkende Besucherzahlen, knappere Ressourcen und geänderte Ansprüche der Kulturkonsumenten sind zu erwarten.

Mit der demografischen Entwicklung sind jedoch nicht nur Probleme verbunden, sondern auch Entwicklungschancen. Die Bevölkerungsgruppe der über 50-Jährigen ist nicht homogen: Es lassen sich eine große Vielzahl von Lebensstilen, Erwartungen, Bedürfnissen, Vorlieben und Abneigungen identifizieren, die selbstverständlich die kulturellen Interessen beeinflussen.

Die Chance einer alternden Gesellschaft besteht in den schöpferischen und sozialen Potenzialen der Älteren. Selbstorganisierte Formen der Interessenwahrnehmung werden zunehmend das Bild der älteren Generation verändern. Soziale, kreative und gesellschaftliche Orientierungen der älteren Menschen müssen durch neue staatliche und private Förderinstrumente unterstützt und weiterentwickelt werden.

Der Kultur- und Freizeitbereich wird im Leben älterer Menschen immer wichtiger und vielschichtiger. Nicht nur als Nachfrager von kulturellen Produkten und Dienstleistungen gewinnt die Generation 50plus an Bedeutung. Die „jungen Alten“ wollen sich auch engagieren, mitgestalten und neue Verantwortung im Ruhestand übernehmen. Es ist notwendig, über neue kulturelle Angebote und Produkte, zielgruppenorientierte Vermittlung und verbesserte Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement nachzudenken.

Bündnis 90 / Die Grünen: Demografischer Wandel braucht Kultur und kulturelle Begleitung: Unsere Gesellschaft steht vor einem Umbruch, dessen Ausmaße noch nicht absehbar sind. Die Menschen in Bayern werden immer älter, die Städte werden schrumpfen und manche Landstriche verwaisten. Der demografische Wandel wird in Bayern die Frage aufwerfen, welche kulturellen Einrichtungen für eine sinkende Bevölkerung bereitgestellt werden können. Wir wollen, dass wichtige Kultureinrichtungen – Bibliothek, Bildungseinrichtungen, Theater und Museen - zum Alltag der Menschen gehören und gut erreichbar bleiben. Dies gilt gerade für ländliche Räume, aber auch für schrumpfende Städte. Hier muss der Freistaat dem gesetzlich verankerten

„Vorhalteprinzip“ gerecht werden, auch durch eine „positive“ finanzielle Diskriminierung strukturschwächerer oder bevölkerungsärmerer Regionen.

FDP: Die FDP ist sich bewusst, dass öffentliche und private Kultureinrichtungen vom demografischen Wandel ebenso betroffen sind wie Kulturschaffende. Er berührt ihre Zuschauer und Zuhörer, Käufer und Kritiker, Teilnehmer und Nachfrager sowie Akteure und Rezipienten in ihren Interessen und ihrem Geschmack, ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit und ihren finanziellen Möglichkeiten. Damit ergeben sich Konsequenzen für den Inhalt, Organisationsformen und die Finanzierung von Kultur. So sinken z.B. die öffentlichen Einnahmen in Kommunen die durch den demografischen Wandel negativ betroffen sind. Da diese aber die Hauptlast der Kulturausgaben tragen, schwinden damit die Möglichkeiten, kulturelle Institutionen aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Doch Kultureinrichtungen sind nicht nur Betroffene des demografischen Wandels, sondern auch Akteure, die den Wandel in den Städten und Regionen gestalten können. Es bedarf also kulturpolitischer Strategien für alle –Kulturinstitutionen sowie Kulturschaffende – um auf den demografischen Wandel zu reagieren aber auch um ihn zu gestalten.

Infolge des demografischen Wandels ändert sich die Zusammensetzung des Publikums. Die Kultureinrichtungen müssen hier zielgruppenspezifische, generationenspezifische Angebote schaffen und Aufführungszeiten wählen, die die Bedürfnisse der Zielgruppe berücksichtigen. Zunächst müssen sich die Länder mit den kulturellen Auswirkungen des demografischen Wandels besser auseinandersetzen. Die Kultur kann weder die Ursachen noch die Folgen des demografischen Wandels abschwächen, sie kann jedoch ein Instrument sein, mit dem Wandel bewusst umzugehen. In Zukunft muss geprüft werden, wie kulturelle Institutionen stärker kommunen-, regionen- und ggf. auch länderübergreifend genutzt werden können. Auch die Einführung mobiler Angebote ist zu verstärken, um den Einzugsbereich zu vergrößern (Bibliothekenbusse, Wanderkinos, Bespielung von Theatern ohne eigenes Ensemble durch freie Gruppen). Ggf. müssen auch Institutionen zusammengeschlossen werden. Die Mehrfachnutzung von spartenübergreifenden Kulturstätten könnte ein weiteres Instrument sein.

Zudem muss in Zukunft überdacht werden, Kulturräume – ähnlich des Sächsischen Kulturraumes – auch in Bayern zu schaffen. In Sachsen schließen sich Kommunen und Landkreise zu Kulturräumen zusammen, um kulturelle Einrichtungen gemeinsam zu finanzieren und zu erhalten. Dies wird unter den Bedingungen des demografischen Wandels mehr und mehr eine Rolle spielen. Die gemeinsame Wahrnehmung kultureller Aufgaben der Kommunen und Landkreise des Kulturraums ermöglicht darüber hinaus eine häufig längerfristige und solidere Planung, als dies einer einzelnen Kommune oder einem einzelnen Landkreis möglich ist. Durch die Schaffung von Kulturräumen können die Lasten der Kulturfinanzierung zwischen städtischen Zentren und ländlichen Umlandgemeinden gerecht verteilt werden und Synergieeffekte erzielt werden.

Das bürgerschaftliche Engagement wird mit der Umkehr der Alterspyramide an Bedeutung gewinnen. Hier müssen die Potenziale älterer Menschen stärker erschlossen werden.

Die Linke: Stadt und Land durchdringen sich zunehmend. Es wird wohl auch in Zukunft „kulturelle Zentren“ geben. Jedoch ist durch die Zentralisierung auf die Großstädte und insbesondere auf München eine stärkere Dezentralisierung und „Mobilisierung“ kultureller Events nötig. Die Wege zum Kulturbetrieb müssen verkürzt werden. Dabei kommt vor allem einer dezentralen Jugendkultur eine große Bedeutung zu. Das gilt einerseits für Jugendzentren mit kulturellem Anspruch, andererseits für freie Initiativen, die sich meist am Land schneller und unbürokratischer entwickeln. Es darf keine „kulturfernen“ Räume geben, insofern brauchen wir auch in kultureller Hinsicht ein Bayern für alle. Die Lineartheoretiker der demografischen Entwicklung vergessen die Verjüngung durch Zuwanderung. Trotzdem ist zu überlegen, welche

besonderen kulturellen Bedarfe ältere Menschen in Zukunft äußern und welche sie sich – sinkendes Renteneinkommen – überhaupt leisten können.

10) Welche Großinvestitionen in Museen und Staatseinrichtungen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode noch in Gang bringen? Halten Sie in Bayern die Balance zwischen Förderung der (großen) Institutionen und der Förderung innovativer Projekte für gelungen?

CSU: Die CSU will eine Reihe großer Vorhaben fortführen bzw. fertig stellen. Dazu zählen der Neubau der Hochschule für Fernsehen und Film und des Ägyptischen Museums ebenso wie Neu- und Erweiterungsbauten an der Kunstakademie in Nürnberg. Die CSU hält die Balance zwischen Förderung von Institutionen und der Förderung innovativer Projekte für gelungen, zumal auch große Institutionen innovative Projekte angehen und durchführen.

SPD: Nachdem mit der Hochschule für Film und Fernsehen und dem Museum Brandhorst in der Landeshauptstadt München zwei weitere kulturelle Großprojekte geschaffen wurden, muss der Schwerpunkt in den nächsten Jahren auf dem Erhalt und der Förderung der bestehenden Kultureinrichtungen und dem Ausbau neuer Schwerpunkte in der Kulturpolitik liegen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, in der Kulturförderpolitik mit der Förderung von Soziokultur, Integrationskultur, der freien Theater-, Tanz- und Performanceszene, Jugendkulturarbeit, Medienkünstlern und Vernetzungsprojekten neue Schwerpunkte zusetzen.

Bündnis 90 / Die Grünen: Bayern ist ein Flächenstaat, doch in der Kulturpolitik herrscht das Zentralismusprinzip: Gefördert wird in erster Linie die institutionalisierte und repräsentative Kultur. Die „Einweihungskultur“ der Regierenden missbraucht die Kulturförderung zur Selbstdarstellung. Kultur in der Fläche, im ländlichen Raum, Kultur in kommunaler Verantwortung oder in freier, unabhängiger Trägerschaft hat es schwer in Bayern. Allzu oft reduziert sich der Kulturauftrag auf die Förderung der Hochkultur, der traditionellen Kunst, der Folklore. Für Neues, Experimentelles, Kleinteiliges und BürgerInnenkultur gibt es nur wenig Raum und Mittel. Dieses Ungleichgewicht in der Kulturförderung wollen wir beseitigen und dafür sorgen, dass in Zukunft auch innovative, unabhängige sowie regionale und lokale Projekte entsprechend ihrer großen Bedeutung für das kulturelle Leben in Bayern gefördert werden.

FDP: In Zeiten knapper Haushaltsmittel für die Kultur geht es der bayerischen FDP darum, die Kultur in der Fläche zu sichern.

Daher fordert die bayerische FDP zum Thema bildende Kunst und Bibliotheken:

- die staatlichen Sammlungen entsprechend finanziell bzw. personell ausstatten, um einerseits Provenienzforschung zu betreiben, d.h. eine stringente Eigentumsgeschichte aller in ihrem Besitz befindlichen Artefakte mit Entstehungszeitpunkt vor 1945 zu erstellen um eventuelle Enteignungen zu dokumentieren und den Erhalt wichtiger Kunstwerke für die Allgemeinheit aktiv betreiben zu können, andererseits eine Liste aller nicht gezeigten und für die Allgemeinheit weniger bedeutenden Werke zu erstellen um diese privaten Stiftungen zu übereignen und damit erst die wünschenswerte Veröffentlichung zu ermöglichen bzw. ggf. nach entsprechender kunsthistorischer Bewertung deren Privatisierung zu Gunsten von Neuanschaffungen;
- die leider immer noch in Depots lagernden Werke den Bürgern zugänglich machen. Dazu ist ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein des Staates erforderlich, diese Werke zu veröffentlichen, Synergien zu den kleineren staatlichen Museen herzustellen und auch privaten Ausstellungsorganisatoren Zugang zu nicht genutztem Kunstmateriale verstärkt zu ermöglichen.

Eine entsprechende Vernetzungsstelle beim zuständigen Ministerium könnte hierzu viel beitragen;

- Kulturgüter aus den staatlichen Depots – wie das fränkische Herzogsschwert von 1460, die Heinrichskrone oder das Giselakreuz – wieder in ihre Ursprungsregionen zurückführen und dort angemessen öffentlich präsentieren;
- dass sich die staatliche Förderung auch an den Besucherzahlen orientiert. Um die Besucherzahlen zu erhöhen sollte nicht nur die museumspädagogische Arbeit weiter ausgebaut werden, sondern auch die Öffnungszeiten an das moderne Leben, ggf. unter Einbeziehung engagierter Kunstfreunde angepasst werden (Abendöffnungen). Das gilt insbesondere auch für Bibliotheken.

Zum Thema Musik, Theater und Tanz fordert die bayerische FDP:

- dass staatlich finanzierte darstellende Kunst den Bürgern die ganze Breite der Theater- und Musikkultur bietet;
- viele und unterschiedliche Projekte mit einer geringen Anschubfinanzierung im Aufbau ermöglichen und danach besonders hochwertige und erfolgreiche Projekte honorieren;
- eine intensivere Abstimmung zwischen den Theatern bezüglich der Spielplangestaltung, wobei die letzte Verantwortung bei den jeweiligen Theatern liegt.

Die Linke: Mir scheinen weitere Großinvestitionen kontraproduktiv: Wer Kultur in der Fläche entwickeln und unterstützen will, darf sich keine Kulturdenkmäler setzen. Nach allem, was mir aus dem Bereich von Künstlern und Kulturproduzenten bekannt ist, hat Bayern einen Nachholbedarf in der Förderung innovativer Kulturprojekte. Große Institutionen dürfen nicht gegen innovative Kultur ausgespielt werden. Erstere würden ohne letztere nicht existieren.

11) Welche Vision im kulturellen Bereich haben Sie für die Zukunft?

CSU: Die CSU will kulturelle Spitzenleistungen, wird aber die Breitenförderung deshalb nicht vernachlässigen. Dazu gehören Volksmusik und Trachten genauso wie Denkmalpflege, landschaftstypisches Bauen und der bayerische Dialekt. Deshalb wollen wir die staatliche Förderung von Heimat-, Trachten- und Musikvereinen, die eine qualitätsvolle Jugend- und Nachwuchsarbeit leisten, ausbauen.

Zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben gehört die kulturelle Bildung. Hierfür wollen wir ein Netzwerk aufbauen, das durch die Zusammenarbeit aller Bildungsträger Interesse weckt und Begabungen fördert. Wir wollen Künstlern und Autoren verstärkt an Schulen Plattformen zur Präsentation bieten. Daneben müssen sich insbesondere unsere kulturellen Einrichtungen selbst verstärkt um ihr Publikum von morgen kümmern. Wir werden diese Bestrebungen auf allen Ebenen unterstützen und zu einem wichtigen Kriterium der staatlichen Förderung machen.

SPD: Die gleichberechtigte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen an kultureller Bildung und kultureller Erfahrung.

Bündnis 90 / Die Grünen: Unsere Vision für den kulturellen Bereich sind freie und gerechte Zugangschancen für alle Menschen zu den Kulturangeboten in Bayern. Wir wollen bereits Kinder und Jugendliche an die Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen, Projekte und Veranstaltungen heranführen, und damit einen wichtigen Beitrag zur ganzheitlichen Bildung aller bayerischen SchülerInnen leisten und zur langfristigen kulturellen Orientierung der Kinder und Jugendlichen beitragen.

Außerdem fordern wir eine ausreichende finanzielle Förderung der Kultureinrichtungen und –projekte in Bayern. Die Mittel sind gerecht zu verteilen. Alle Kulturbereiche und –regionen leisten

einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Leben in Bayern und sind daher auch entsprechend zu unterstützen.

Kultur hat dabei für uns nicht nur eine bewahrende Funktion sondern kann selbst ein wichtiger Motor für die Zukunft sein. Innovative kulturelle Ausdrucksformen und Projekte sind deshalb ebenso zu fördern, wie die Erinnerungskultur hinsichtlich der NS-Vergangenheit oder die Traditionsbewahrung in Form der Denkmalpflege. Kultur ist vielfältiger als dies die Förderung der Staatsregierung widerspiegelt. Die kulturelle Förderung und die Freisetzung des innovativen Potenzials kultureller Ausdrucksformen sind entscheidende Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit Bayerns.

FDP: Ziel der FDP ist es, ins Bewusstsein der Bürger zu rücken, dass Kultur ein wesentlicher Bestandteil des Daseins ist. Dazu gehört ein Staat, der sich zur Kultur bekennt. Aus diesem Grund setzt sich die FDP seit Jahren dafür ein, dass Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankert wird. Das Grundgesetz soll um einen Artikel 20b mit dem Wortlaut „Der Staat schützt und fördert die Kultur.“ ergänzt werden. Die FDP ist sich bewusst, dass durch die Ergänzung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz kein unmittelbarer und einklagbarer Anspruch auf eine konkrete Unterstützung des Staates geschaffen wird. Das Staatsziel Kultur schafft jedoch Ermessens- und Abwägungsspielräume, die dazu beitragen, die öffentliche Kulturfinanzierung und -förderung zu stärken. Die Politik muss verstehen, dass Kulturausgaben keine Subventionen, sondern Investitionen in die Zukunft sind.

Genauso wichtig ist es aber, dass sich die Bürger in die Kulturfinanzierung einbringen und einbezogen werden, dass es eine wirksame Verschränkung des Staates und der bürgerschaftlich Engagierten gibt. Kultur sollte unter Einbezug Vieler, zum Nutzen Aller organisiert und finanziert werden.

Die Linke: Bayern braucht eine Kulturlandschaft, die keine schwarzen Löcher aufweist. Bayern braucht eine Kultur, die unabhängig von der sozialen Situation zugänglich ist. Bayern braucht eine interaktive, eine Beteiligungskultur. Bayern braucht eine Verständigungskultur, eine neue Einheit, die Vielfalt voraussetzt. Bayern braucht keine neuen Tempel, sondern innovative Kultur. Bayern braucht eine demokratische, geschichtsbewusste Kultur, zu der Dachau und Flossenbürg wichtige Beiträge leisten. Bayern braucht eine neue Kultur in der Grundbildung: Kultur ist die Entsprechung zu umfassender, kritischer Bildung, nicht der Wettlauf nach unzusammenhängenden und kurzfristig nützlichem Faktenwissen. Kultur muss die Arbeitswelt berücksichtigen und im Umkehrschluss kultivieren. Lange und deregulierte Arbeitszeiten vertragen sich nicht mit einem kulturellen Anspruch. Kultur darf nicht dem ökonomischen Kalkül privater Firmen unterworfen werden. Statt Sponsoring Umverteilung über eine gerechte Steuerpolitik, damit öffentliche Kontrolle und gesellschaftliche Bedürfnisse in der Kultur gewährleistet sind.

Die Freien Wähler haben keinerlei Antworten auf den Fragenkatalog geschickt.

Erstanfrage an die Parteien am 27. Juni 2008. Redaktionsschluss am 13.8.2008.

Die Antworten der Parteien wurden nicht verändert oder verkürzt.

Verantwortlich: Dr. Uli Glaser, KuPoGe Bayern, Ihlestraße 9, 90427 Nürnberg.